

Coronavirus Wann werden die Beschränkungen gelockert? – Nicht nur Winfried Kretschmann hat eine Meinung

Debatte über Ausstieg entbrennt

Neustart Politiker fordern Ende der Beschränkungen. Von Thorsten Knuf und Rainer Pörtner

Am Osterwochenende müssen die Menschen angesichts der Corona-Pandemie noch einmal besondere Disziplin an den Tag legen – keine Treffen mit Freunden und Verwandten, keine Urlaubsreisen, keine Gottesdienstbesuche und Spaziergänge nur mit ausreichend Abstand zu Dritten. In der kommenden Woche soll es dann wenigstens Klarheit geben, ob und wann die umfangreichen Einschränkungen des öffentlichen Lebens in Deutschland gelockert werden können. Für Mittwochnachmittag ist eine Videokonferenz von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und den Ministerpräsidenten der 16 Bundesländer geplant. Dabei soll das weitere Vorgehen abgesteckt werden.

Zunächst gehe es darum, die aktuelle Lage in der Corona-Pandemie anhand der dann verfügbaren Daten zu bewerten, hieß es am Karfreitag in Länderkreisen. Man werde auch genau schauen, ob sich die Bürger am Wochenende im Großen und Ganzen an die Vorgaben gehalten haben. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hatte sich zuletzt hoffnungsvoll geäußert, dass die Beschränkungen die Ausbreitung des Virus deutlich bremsen. Da Lockerungen wie beispielsweise die Öffnung weiterer Geschäfte grundsätzlich

Am Mittwoch nach Ostern beraten Bund und Länder über Kriterien einer Öffnung.

Ländersache sind, soll am Mittwoch eine möglichst enge Koordination anhand klarer Kriterien vereinbart werden. „Alle wollen, dass man eine einheitliche Linie hinkommt“, hieß es. Besonders dringlich ist die Frage, ob Schulen und Kitas bald wieder öffnen können. Die bisherigen Corona-Kontaktbeschränkungen gelten bundesweit bis zum 19. April – also bis zum übernächsten Sonntag. Dann enden in den meisten Bundesländern die Osterferien, auch in Baden-Württemberg.

Die Kanzlerin hatte bereits in dieser Woche deutlich gemacht, dass das öffentliche Leben in Deutschland nicht mit einem Schlag, sondern vorsichtig und Schritt für Schritt wieder hochgefahren wird. „Wir müssen ganz, ganz vorsichtig vorgehen“, sagte sie. Wissenschaftler plädieren dafür, die Lockerungen sektorweise vorzunehmen und dabei auch regional zu differenzieren – in Abhängigkeit von der Zahl der Corona-Fälle in einer Region und den dort verfügbaren Krankenhauskapazitäten. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sagte: „Tatsächlich ist die Situation regional unterschiedlich – in Bayern und Baden-Württemberg ist sie anders als in Mecklenburg-Vorpommern oder Schleswig-Holstein.“

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) regte einen gemeinsamen Fahrplan von Politik und Wirtschaft für die Rückkehr zur Normalität im Wirtschaftsleben an. „Ein Signal, wie der Einstieg in eine schrittweise Normalisierung ausfallen könnte, wird für die Planungen und die Existenz der Unternehmen jetzt immer wichtiger“, sagte DIHK-Präsident Eric Schweitzer.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im baden-württembergischen Landtag, Wolfgang Reinhart, will Wirtschaftsbereiche mit geringen Corona-Ansteckungsgefahren bereits bald wieder arbeiten lassen. „Wo mit geringer Ansteckungsgefahr gearbeitet werden kann oder Abstandsregeln gut umsetzbar sind – etwa in der hochautomatisierten Fertigung –, sollte auch bald wieder angefangen werden“, sagte Reinhart unserer Zeitung. „Wo dagegen Homeoffice und digitales Arbeiten möglich sind, sollten die Kontaktreduktionen auch noch länger bleiben. Auch hohe Wertschöpfung sollte ein Kriterium sein: Branchen, die besonders viel erwirtschaften, sollten möglichst früh wieder voll durchstarten können.“

Reinhart sprach sich für eine abgestufte Exit-Strategie aus. „Wir müssen risikobezogen agieren und entscheiden. Dafür braucht es eine gestufte, differenzierte und flexible Strategie.“

Kontakt

Politikredaktion
Telefon: 07 11/72 05-11 31
E-Mail: politik@stzn.de

„Es kann auch schnell wieder aufwärtsgehen“

Interview Ministerpräsident Winfried Kretschmann spricht über die harten Einschnitte bei den Grundrechten. Er sagt, wie es nach der Krise weitergeht, und räumt eine „weltfremde“ Entscheidung ein.

Es deutet sich ein Konsens für die schrittweise Lockerung der Corona-Restriktionen an, sagt Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Und er sieht keinen Anlass für eine Verschärfung der Maßnahmen.

Herr Ministerpräsident, wie bewerten Sie das Verhalten der Baden-Württemberger in den Corona-Zeiten? Ist es angepasst?

Die allermeisten verhalten sich verantwortungsbewusst und diszipliniert, auch beim schönen Wetter, wie wir es in dieser Woche hatten. Dafür kann ich nur herzlichen Dank sagen. Dass die Menschen diese teilweise tiefgreifenden Einschnitte mittragen und die Regeln ernst nehmen, darüber bin ich sehr froh.

Die Regierung hat eine drastische Maßnahme beschlossen, die Ausgangssperre für Pflegeheimbewohner. Das ist ein starker Einschnitt in ein Grundrecht. Der Grüne Hans-Christian Ströbele, er ist 80, hat angekündigt, er werde in Karlsruhe klagen, wenn man „die Alten separieren“. Wie gehen Sie mit dem Vorwurf um? Alles, was wir machen, geschieht auf der Grundlage unserer verfassungsmäßigen Ordnung. Es gibt das alte deutsche Sprichwort, Not kennt kein Gebot, aber das stammt aus vordemokratischen Zeiten. In unserer heutigen Demokratie richten wir uns immer nach den Normen und Werten der Verfassung, auch in der Krise. Diese Werte stehen normalerweise in einer bestimmten Balance. Manche treten jetzt in den Vordergrund. Zum Beispiel das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit nach Artikel 2 des Grundgesetzes. Im Fall der Freizügigkeit ist sogar ausdrücklich geregelt, dass man sie laut Artikel 11 bei Epidemien beschränken kann. Die Verfassung erlaubt also besondere Maßnahmen im Falle von Krisen. Genaueres ist in Gesetzen geregelt, etwa im Infektionsschutzgesetz. Wir sind als Gesetzgeber erster Interpret der Verfassung und halten uns daran. Aber jedem steht auch jetzt der Weg zu den Gerichten offen.

Trotzdem sind Bürger verunsichert: Es gibt Ihre Appelle und die der Kanzlerin, Ostern bitte zu Hause zu bleiben und keine Besuche zu machen. Andererseits gibt es kein rechtlich klares Verbot eines privaten Besuchs und keine allgemeine Ausgangssperre. Können Sie die Verwirrung nachvollziehen? Eine Ausgangssperre gibt es nirgends. Selbst bei der nun strengen Vorschrift für die Heime können Menschen immer noch in Begleitung – wenn es möglich ist – raus. Auch die bayerische Regelung nennt als wichtigen Grund für einen Ausgang, dass man an die frische Luft geht – und das kann dort auch jeder. Bayern ist administrativ einen anderen Weg gegangen als wir – aber mit fast dem gleichen Ergebnis: Dort hat man den Ausgang beschränkt und dann eine Reihe von Dingen erlaubt. Wir haben das Rausgehen erlaubt, dann aber die Mobilität im öffentlichen Raum beschränkt. Das Ziel ist dasselbe: Körperliche Kontakte sollen so weit wie möglich vermieden werden. Diese Gesetze sollte jeder nach Buchstaben und Geist anwenden. Ansonsten müssten wir solche Dinge viel detaillierter regeln als jetzt.

Niedersachsen führt ein Bußgeld von 150 Euro ein, wenn der Mindestabstand von 1,50 Metern nicht eingehalten wird. Müssen wir in Baden-Württemberg mit einer Verschärfung der Vorschriften rechnen? Nein, dafür gibt es keinen Anlass. Ich habe keine Meldung aus dem Innenministerium, dass wir über eine Verschärfung der Vorschriften nachdenken müssten. Ich bin sehr zufrieden damit, wie es läuft. Die Geschäfte haben die Einhaltung der Regeln vorbildlich organisiert, es wird gekennzeichnet, es sind Leute da, die andere auf die Regeln aufmerksam machen. Es läuft viel besser, als wir es vermutet hatten. Eine Missachtung der Vorschriften wird scharf geahndet.

Sie weigern sich beharrlich, über Strategien für eine Lockerung zu diskutieren. Der Deutsche Ethikrat fordert aber genau dies, die Menschen brauchten Hoffnungsbilder, sagt er. Warum sprechen Sie nicht darüber?

Ganz einfach: Weil ich zu den Entscheidern gehöre. Wir sind eine freie Gesellschaft, und es ist ja niemandem verboten zu diskutieren. Aber wir als Entscheider sollten nicht mit Debatten Spekulationen und Verunsicherungen auslösen. Darauf habe ich mich mit der Bundeskanzlerin und meinen Länderkollegen verständigt. Wir können mit nicht faktenbasierten Debatten falsche Hoffnungen wecken und Missverständnisse erzeugen. Wir sind ja nicht in einer Talkshow, wo alle schön reden und wo die Moderatorin dann am Ende „Gute Nacht“ sagt und alle nach Hause gehen, aber dann keiner schlauer ist als vorher. Wir müssen verbindliche Aussagen auf der Basis von Fakten treffen.

Könnten Sie ein konkretes Beispiel bringen?

Wenn man Szenarien als Vorbild ins Auge fasst, die sich an Korea orientieren, dann muss man sehr viel testen. Aber bis wann sind unsere Testkapazitäten groß genug? Ab wann ist ein ausreichend großer Zufluss von Schutzmasken sichergestellt? Haben wir die Handy-Tracking-App? Wie verläuft die Infektionskurve weiter? Als Entscheider muss ich das alles wissen, bevor ich öffentlich eine Debatte führe. Wenn Sie aber in Ihrer Zeitung ein Pro und Kontra führen, dann ist dagegen nichts einzuwenden.

Bei der Bekämpfung einer Epidemie – das sagen Experten – sollte man die Menschen mitnehmen, ihnen Teilhabe ermöglichen. Geschieht das derzeit?

Auf jeden Fall, denn wir führen Gespräche mit den Betroffenen. Das Verbot von Gottesdiensten ist ein massiver Eingriff in die Religionsfreiheit. Die Bischöfe sagen mir, das habe es in 2000 Jahren nicht gegeben. Ich habe mit den Bischöfen, der jüdischen Gemeinde und den muslimischen Verbänden telefoniert. Ein solches Vorgehen zeichnet eine reife Demokratie aus, man bespricht die Dinge. Die Kirchen haben von sich aus gesagt, es sei richtig. Sie hatten Verständnis, auch wenn es unglaublich schmerzt. Auch mich schmerzt es. Seit ich mich erinnern kann, habe ich keine Osternacht versäumt – außer in einer gewissen Zeit in meinem Studentenleben. Wir haben auch Vorschriften wieder abgemildert, zum Beispiel, dass nur fünf Trauende zu einer Beerdigung kommen sollen, das war weltfremd. Eine Beerdigung ist etwas Besonderes, da kann man nicht stur sagen – fünf. Das haben wir aufgelockert.

Der nächste Mittwoch ist ein entscheidender Tag, da geht es um das weitere Vorgehen. Haben Sie für das Gespräch der Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin eine eigene Forderung oder eigene Idee aus dem Südwesen?

Ich gehe davon aus, dass wir Kriterien für eine Öffnung aufstellen. Ich denke, es zeichnet sich ein Konsens ab für eine schrittweise Öffnung, ab wann, müssen wir besprechen. Wahrscheinlich wird ein Kriterium für die Öffnung sein, wo und wie die Hygienevorschriften und Mindestabstände gut eingehalten werden können. Das ist in einem kleinen Blumengeschäft anders als im Kaufhaus und im Autohaus leichter als im Wirtshaus. Wir werden auch über die Lage bei den Schutzmasken reden. Haben wir in 14 Tagen genug für die kritischen Bereiche? Wie rüsten wir unsere Testkapazitäten auf? Und wie schützen wir die Risikogruppen, die Älteren und die Menschen mit Vorerkrankung? Klar ist: Bevor wir keine belastbaren Fakten haben, führen wir die Debatten nicht öffentlich.



Foto: dpa/Sebastian Gollnow

„Das Verbot von Gottesdiensten ist ein massiver Eingriff ins Recht der Religionsfreiheit.“

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident



Winfried Kretschmann ist der erste grüne Ministerpräsident in Deutschland. Seit Mai 2011 regiert er in Stuttgart.

Foto: dpa/Monika Skolimowska

REZEPT IN DER KRISE – INNERE RUHE FINDEN UND ALTE FILME GUCKEN

Person Der Grüne Winfried Kretschmann (71), gebürtig aus Spaichingen im Kreis Tuttlingen, katholisch und Sohn von aus Ostpreußen stammenden Eltern, ist seit Mai 2011 Ministerpräsident von Baden-Württemberg.

Krise Die Corona-Krise nehme ihn als Politiker „voll in den Beschlag“, sagt Kretschmann. Er sei mit nichts anderem mehr beschäftigt. Ander-

er Themen, die ihn zuvor „hochgradig“ beschäftigten, seien jetzt in den Hintergrund getreten. „Man darf nicht ermüden. Das Paradoxe ist, man darf nicht mit der Krise hadern“, sagt Kretschmann. Tue man das, blockiere man kreative Lösungen. „Man braucht in diesem großen Unglück innere Ruhe und Disziplin. Ich bin froh, wenn ich in diesen Tagen mal eine Nacht gut schlafe.“

Ruhe Die Ruhe, so Kretschmann, finde er beispielsweise beim Anschauen alter Filme. „Ich sah kürzlich ‚Star Wars‘ – diesen alten Schinken, das beruhigte ungemein, man kennt das Happy End, danach schläft man gut.“ Auch Wandern empfehle sich, so Kretschmann. Vergangenen Sonntag sei er 13 Kilometer auf einem Premiumweg gelaufen, habe Frühblüher angeschaut: „Eine feine Sache.“ *chl*

Wie stehen wir nach der Krise wirtschaftlich da? Haben wir Leerstände von Geschäften und Restaurants in unseren Städten, vernagelte Schaufenster?

Der Staat, also Bund und Länder, haben enorme Schutzschilde aufgespannt, wie wir sie noch nie hatten. Das Ziel ist, eine Welle von Insolvenzen zu verhindern. Klar ist, dass der Staat mit seinen vielen Milliarden nicht die Leistung einer modernen Volkswirtschaft ersetzen kann. Allein Baden-Württemberg hat ein Bruttoinlandsprodukt von über 500 Milliarden Euro im Jahr. Wir wollen, dass die Betriebe sich über Wasser halten, bis wir die Krise im Griff haben. Wir wollen Pleiten verhindern, damit es eben nicht zu den „verrammelten“ Geschäften kommt. Ich bin zuversichtlich, dass das gelingt. Natürlich wird es eine Rezession geben, von der wir nicht wissen, wie tief sie sein wird. Aber es spricht einiges dafür, dass es nach der Krise auch schnell wieder aufwärtsgeht. Anders als bei der Finanzkrise von 2008 hat nicht ein Teil der Wirtschaft versagt, sondern wir haben es mit einer Naturkatastrophe zu tun.

Sie sagen, Sie seien zuversichtlich. Warum sprechen Sie dann nicht über Lockerungen?

Ich spreche nicht darüber, berate mich aber mit Ministern und Fachleuten dazu. Ein großer Teil der Wirtschaft läuft ja weiter, selbst in den Grenzregionen zum Elsass. Wir haben an den Stellen eingegriffen, wo viel Publikumsverkehr herrscht. Unternehmen wie Daimler und Bosch haben von sich aus die Produktion heruntergefahren, weil es Probleme mit der Lieferkette oder der Nachfrage gab. Betroffen sind Messen, Gasthäuser, Hotels, Veranstalter und Bekleidungs- und Einzelhandelsgeschäfte. Mit der Lockerung werden sie schrittweise wieder aufmachen. Ich kann noch nicht sagen, wann und wie tief die Lockerung einsetzt. Aber ich gehe davon aus, dass Volksfeste und Partys länger nicht stattfinden werden.

Wie läuft Ihr Draht zur Autoindustrie, wie schwer ist die betroffen?

Ich telefoniere häufig mit den Vertretern der Autoindustrie. Unser Strategiedialog Automobilwirtschaft hat sich bewährt. Daimler und Porsche haben durch ihre internationalen Kontakte bei der Beschaffung von Schutzmasken sehr geholfen. Nach der Corona-Krise müssen wir die nächsten Schritte der Transformation der Autoindustrie angehen, denn die Klimakrise ist noch da, und die können wir nicht wegpumpen. Aber wir müssen schauen, was wir bei der Transformation wegen Corona jetzt vielleicht anders machen als geplant.

Das Gespräch führte Christoph Link.